

GdP will 6,5 Prozent mehr Gehalt

Tarifforderung soll mit Demo Nachdruck verliehen werden

Die GdP fordert 6,5 mehr Gehalt für die bevorstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Das Thema und die Personalsituation bei der Polizei beherrschte am Dienstag die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Soest im Restaurant Ortwein in Lippstadt.

Der Abstand zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wird immer größer, eine Inflationsrate von über 2 Prozent haben die Tarifschlüsse der letzten Jahre aufgezehrt. Daher stellt die 6,5 Prozent mehr Gehalt eine reale Forderung dar, die sich an den Tarifabschluss für den Bund und den Gemeinden orientiert, der im Frühjahr 2012 abgeschlossen wurde. Selbst Wirtschaftsinstitute haben Tarifabschlüsse bis zu 6 Prozent für 2013 angeregt, um die Binnennachfrage anzukurbeln, um so die extreme Exportabhängigkeit zu mindern. „Sollte die erste Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft der Länder am 31. Januar in Berlin scheitern, werden wir im Februar an den Protestveranstaltungen in Düsseldorf teilnehmen, um unserer Tarifforderung Nachdruck zu verleihen“, erklärte der GdP-Kreisvorsitzende Siegfried Pfenninger.

Wegen der Erreichung der Altersgrenze werden in den nächsten 9 Jahren 150 Polizisten im Kreis Soest in den Ruhestand versetzt. Wenn die Einstellungszahlen von 1400 auf 1700 Polizisten (landesweit) für die nächsten Jahre nicht erhöht werden, wird die Kreispolizeibehörde Soest von 2012 bis 2020 19 Polizisten verlieren. „Es geht hier nicht um mehr Personal, sondern die Personalausstattung für den Kreis Soest soll zukünftig gesichert werden, so dass die Bürger in Sicherheit leben können“, so Pfenninger.

Für treue GdP-Mitgliedschaft wurden Erich Brörken und Markus Wienecke (25 Jahre) geehrt.



Links: Adi Plickert, Markus Wienecke, Erich Brörken und Siegfried Pfenninger,

Der GdP-Landesvorsitzende Adi Plickert gab einen Überblick zur Dienstrechtsreform im Bereich der Besoldung und Versorgung sowie dem Laufbahnrecht. In dem Zusammenhang erklärte er den Einsparungsauftrag des MIK von 100 Millionen Euro in Verbindung mit dem Landeshaushalt 2013.

Zum Thema Personalsituation bei der Polizei bezog er klar Stellung. „Wir haben der Landesregierung die Notwendigkeit für die Erhöhung der Einstellungszahlen von 1400 auf 1700 umfassend erklärt, aber es ist nichts passiert. Daher werden nun Protestmaßnahmen folgen“, so Plickert.